

## PARLAMENT DER DÖRFER 2026

### DEKLARATION VOM SEDDINER SEE

In Brandenburg prägen die Dörfer<sup>i</sup> das Land. Sie sind Heimat für viele Menschen.<sup>ii</sup>  
Doch obwohl sich die Dörfer in der Vergangenheit stark verändert haben – eines bleibt:  
Der Wunsch vieler Menschen, sich für ihre Dörfer zu engagieren.

Das Engagement der Menschen ist ein Schlüssel für eine funktionierende Gesellschaft und eine lebendige Demokratie. Aus diesem Grund fordern die Menschen in den Brandenburger Dörfern, dass ihre Stimme gehört und sie in ihren Aktivitäten unterstützt werden.

Das Parlament der Dörfer ermöglicht den Dialog der Dörfer mit der Politik und Fachöffentlichkeit. Die Deklaration vom Seddiner See bündelt die Forderungen der Teilnehmenden gegenüber den Entscheidungsträgern im Land Brandenburg in den Themen:

Lebendige Demokratie auf dem Land

Begegnungsorte im Dorf

Erneuerbare Energien

Engagierte junge Menschen in ländlichen Räumen

Gesund altern

### Lebendige Demokratie auf dem Land

#### *Vorbemerkungen*

Unsere Demokratie gerät zunehmend unter Druck – auch in den Dörfern Brandenburgs. Viele Menschen erleben, dass gesellschaftliche Debatten härter werden, dass Misstrauen wächst und menschenfeindliche Positionen an Zustimmung gewinnen. Dem wollen wir nicht tatenlos zusehen! Wir wünschen uns ein gemeinschaftliches Zusammenleben, in dem Menschen einander zuhören und unterschiedliche Meinungen aushalten. Demokratie beginnt dort, wo Menschen sich begegnen, Verantwortung übernehmen und ihr Umfeld gemeinsam gestalten.

Doch vielerorts erleben Menschen im ländlichen Raum Brandenburgs das Gegenteil. Es wird häufig übereinander statt miteinander gesprochen. Entscheidungen entstehen über die Köpfe der Bürger:innen hinweg, während gleichzeitig das Gefühl wächst, politisch kaum wahrgenommen zu werden. Die Lebensrealität auf dem Dorf unterscheidet sich oft deutlich von der in den Städten – sei es beim Nahverkehr, bei der medizinischen Versorgung oder bei den Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Hinzu kommt, dass wichtige Orte des Zusammenkommens verschwinden:

Kneipen, Dorfgemeinschaftshäuser, Bäckereien, Kirchen oder Vereinsräume. Wo Begegnung fehlt, wächst das Gefühl von Ohnmacht und gesellschaftlicher Spaltung.

### *Forderungen*

- Wir wollen Dörfer, in denen Menschen selbstverständlich miteinander ins Gespräch kommen, gemeinsam lachen, diskutieren und Verantwortung füreinander und für ihr Dorf übernehmen. Dafür braucht es offene Treffpunkte, starke Vereine und die Möglichkeit, das eigene Dorf aktiv mitzugestalten. Politik muss den Menschen vor Ort mehr zutrauen und sie frühzeitig in Entscheidungen einbinden – etwa bei Fragen der Mobilität, Infrastruktur oder Dorfentwicklung. Vertrauen statt Vorschriften stärkt das Engagement derjenigen, die sich täglich für ihre Gemeinschaft einsetzen.
- Wir fordern die Schaffung von Stellen für bürgerschaftliches Engagement in den Landkreisen sowie die Festschreibung im Kreisentwicklungskonzept über eine verbindliche Landesregelung.
- Die Landespolitik hat sich in ihrem Koalitionsvertrag bereits zu Bürgerdialogen, zur Stärkung des Ehrenamts, zum Bürokratieabbau und zur Unterstützung sozialer Orte im ländlichen Raum bekannt. Diese Vorhaben müssen nun sichtbar und konkret im Alltag der Dörfer ankommen. Dazu gehören niedrigschwellige Fördermöglichkeiten, Unterstützung für Vereine und Initiativen sowie echte Räume für den Austausch zwischen Politik und Bürger:innen. Gleichzeitig braucht es mehr Sichtbarkeit für das, was in Brandenburgs Dörfern bereits gelingt – denn lebendige Demokratie entsteht dort, wo Menschen erleben, dass ihr Engagement Wirkung hat. Best Practices sollten bspw. mittels einer übergreifenden Plattform bekannter gemacht werden; es braucht Beispiele wo Kooperation und Zusammenleben gelingen, und zwar über politische Differenzen hinweg und im Sinne von „Zuhören und Gemeinsam machen“.
- Wir fordern, dass die Rechtsgrundlagen in Bezug auf Neutralität versus Amtspflicht verbindlich und nachvollziehbar zu (er)klären sind. Dazu ist eine Handreichung mit praxisnahen und verständlichen Erklärungen zur Verfügung zu stellen sowie eine zentrale Beratungsstelle für Rückfragen notwendig.
- Wir fordern, dass die Befugnisse und Mitbestimmungsrechte der Ortsbeiräte im BbgKVerf beizubehalten sind.
- Wir fordern, dass das Ortsteilbudget erhalten bleibt und für kleine Dörfer optimiert wird (z.B. Sockelbeträge einführen).
- Wir fordern, dass die verantwortlichen Politiker:innen sich zu denen bekennen und diejenigen unterstützen, die sich demokratisch engagieren. Die Delegitimation von Zivilgesellschaft durch die Politik muss beendet werden, insbesondere die Abwicklung bzw. der Umbau von „Demokratie Leben“ muss gestoppt werden. Der niederschwellige Zugang zu Fördermöglichkeiten von zivilgesellschaftlichem Engagement muss gesichert werden.
- Wir appellieren deshalb an die Landesregierung: Gehen Sie stärker in die Dörfer, hören Sie selbstkritisch zu und nehmen Sie die Menschen ernst. Fördern Sie den Pragmatismus und den Zusammenhalt, die das Leben auf dem Land tragen. Demokratie lebt nicht allein in Institutionen – sie lebt dort, wo Menschen sich begegnen, einmischen und gemeinsam Zukunft gestalten.

## Begegnungsorte im Dorf

### *Vorbemerkungen*

In den ländlichen Räumen und Dörfern leben viele Menschen, die aktiv und bewusst ihr Umfeld gestalten. Dabei stoßen sie oft an Grenzen der Finanzierung und kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Soziale Infrastruktur ist ausgedünnt und geht weiter zurück. Deshalb werden auch soziale Treffpunkte, die als Begegnungsorte dienen, immer wichtiger.

Begegnungsorte sind offene, soziale und kulturelle Ankerpunkte, die ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft ermöglichen und einen Gegenpol zu einer immer stärkeren digitalen Kommunikation darstellen. Beispiele für persönliche Begegnung und sozialen Zusammenhalt sind (Heimat-)Vereine, Dorfkirchen, Friedhöfe oder Dorfgemeinschaftshäuser.

### *Themen*

- Wir benötigen einen Sozialraumschutz für die Gemeinschaften. Bei Veränderungen oder Schließungen von Einrichtungen sind Kommunen und Ortsbeiräte einzubeziehen. Eine Folgenabschätzung und Alternativen sind zu erwägen, Finanzierungsmöglichkeiten sind kreativ zu gestalten. Eine Verankerung in der Kommunalverfassung bietet sich an. Eine Daseinsvorsorge, die das HIERSEIN sichert, ist Pflichtaufgabe.
- Wir fordern mehr Unterstützung sowohl für die Engagierten und Dorfkümmerer aber auch für alle Menschen, die sich bislang nicht engagieren. Das Ehrenamt braucht das Hauptamt, um Begegnungsorte professionell führen zu können. Kommunen, Land und Bund sind aufgerufen, mit dem Menschen vor Ort ländliche Räume gemeinsamen zu gestalten. Gemeinsam und partnerschaftlich wollen wir die Heimat stärken.

## Erneuerbare Energien

### *Vorbemerkung*

Windenergie- und Freiflächenphotovoltaikanlagen (FFPV) prägen vielerorts das Bild unserer Dörfer und Städte. Nach Berechnungen des Thünen-Instituts stehen 99% dieser Anlagen in Brandenburg in ländlichen Regionen mit weniger guter sozioökonomischer Lage. Dabei ist der Ausbau erneuerbarer Energien mit einem großen Wertschöpfungspotenzial verbunden: Eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beauftragte und im April 2026 veröffentlichte Studie<sup>iii</sup> zeigt auf, dass Landkreise ihre Einnahmen aus erneuerbaren Energien mehr als verdoppeln können, wenn sie die derzeitigen Ausbauziele für Wind- und Solaranlagen erreichen. Insbesondere in Brandenburg besteht nach dieser Studie für viele Landkreise im Jahr 2033 ein sehr hohes regionales Wertschöpfungspotential von 21 Millionen Euro (Märkisch Oderland) bis 113 Millionen Euro (Uckermark).

Unsere Dörfer und Gemeinden sind unverzichtbar für den Erfolg der Energiewende, haben jedoch kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten und profitieren finanziell bisher wenig. Im Gegenteil: Kommunen stoßen an personelle und fachliche Grenzen, eigene Investitionen oder der Betrieb von Anlagen durch Kommunen sowie Bürger:innen bleiben wenige Ausnahmen, Beteiligungszahlungen über §6 EEG oder die Landesgesetzgebungen kommen nicht immer zuverlässig an und Betreiberwechsel erfolgen teilweise ohne Information der Gemeinden. Gleichzeitig bleibt günstiger

Regionalstrom trotz der Stromerzeugung vor Ort für viele Bürger:innen unerreichbar. Bürgerenergie- und Energy-Sharing-Modelle werden bislang zu wenig unterstützt und auch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind vor Ort oft kaum sichtbar.

### *Forderungen*

Wir in den Dörfern tragen die Energiewende mit. Deshalb wollen wir nicht nur Standort sein, sondern Partner auf Augenhöhe. Wir fordern die Landesregierung Brandenburg auf:

- Kommunen personell und fachlich stärker bei der Umsetzung der Energiewende zu unterstützen. **Denkbar ist die Einrichtung regionaler Servicestellen für Erneuerbare Energien im gesamten Landesgebiet.** Gutes Praxisbeispiel ist das LEADER-Kooperationsprojekt „[Kommunale Photovoltaik-Potenziale für den Ausbau der Bürgerenergie](#)“<sup>iv</sup>, welches 2023 als Schlüsselvorhaben durch die Brandenburger Landesregierung anerkannt wurde. Es geht auf Initiative der LAGn Havelland und Fläming-Havel und zusammen mit 14 Kommunen und zwei Bürgerenergiegenossenschaften aus beiden Regionen einen innovativen Weg, um Ressourcen zu mobilisieren.
- die **Sonderabgaben gemäß des BbgEESG** (Wind- und Solareuro) transparent zu kontrollieren und verlässlich sicherzustellen sowie unterstützend zu begleiten, beispielsweise durch Handreichung von Praxisbeispielen oder einer Kommentierung des Gesetzes. §4 ist deutlicher zu beachten.
- sich für eine **Erweiterung** des BbgEESG einzusetzen, die zusätzlich eine **direkte Bürgerbeteiligung** vorsieht, beispielsweise nach dem Vorbild von Beteiligungsgesetzgebungen anderer Bundesländer.
- eine verpflichtende Information der Kommunen bei **Betreiberwechseln** von EE-Anlagen einzuführen.
- **Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach §15 BNatSchG** stärker sichtbar in den betroffenen Regionen umzusetzen. Ersatzmaßnahmen scheitern häufig an verfügbaren Flächen, daher sollten sie außerdem offener gestaltet werden, bzw. für den Waldumbau.
- sich bei den Verteilnetzbetreibern in Brandenburg (z.B. bei der edis) für faire und praktikable Rahmenbedingungen für Regionalstromtarife und **Energy Sharing** einzusetzen.
- sich auf Bundesebene für klare sowie praktikable Rahmenbedingungen bei Zahlungen nach **§ 6 EEG 2023 sowie § 100 EEG 2023 (Bestandsanlagen)** einzusetzen.
- sich für eine Umsetzung des Erlasses zu **Kommunalkredit** für rentierliche Maßnahmen in den Bereichen der Energieeinsparung/ Energieeffizienz und Erneuerbare Energien ([MWAEK, MIK 2012](#)<sup>v</sup>), der eine Kreditaufnahme der Kommunen für Investitionen vorsieht, einzusetzen.

Die Menschen in unseren Dörfern tragen den Ausbau erneuerbarer Energien in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld als eine unverzichtbare und zukunftsweisende Entwicklung mit und sind bereit, die damit einhergehenden Veränderungen und Belastungen zu akzeptieren, wenn sie sichtbar beteiligt werden, mitentscheiden können und vor Ort stärker von ihr profitieren. Wir sind die Dörfer der Energiewende. Wir tragen Verantwortung – heute und für kommende Generationen. Deshalb wollen wir nicht nur Standort sein, sondern Mitgestalter der Zukunft.

## **Engagierte junge Menschen in ländlichen Räumen**

### *Vorbemerkungen*

Die jungen Menschen in den Brandenburger Dörfern haben einen schweren Stand. Zwar wird viel über sie gesprochen, aber selten mit ihnen geredet. Entscheidungen werden über die Köpfe der jungen Menschen hinweg getroffen, obwohl sie ihre Zukunft in den Dörfern eigentlich mitgestalten wollen. Sie haben Ideen, wissen aber nicht, wie sie diese umsetzen sollen. Gleichzeitig sind die Anforderungen und Erwartungen an junge Menschen gestiegen. Sie werden vor allem zweckbezogen wahrgenommen, ob als Schüler:innen, zukünftige Wehrpflichtige oder Berufstätige. Dabei wird das Innovationspotential der jungen Menschen häufig unterschätzt.

Obwohl gesetzlich verankert, werden junge Menschen in politische Entscheidungsprozesse noch immer zu wenig eingebunden und ernst genommen. Zudem erschweren strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen (fehlende Mobilität, unklare Zuständigkeiten und lange Wartezeiten) konkrete Beteiligung und Mitgestaltung vor Ort.

Gleichzeitig sind junge Menschen insbesondere in ländlichen Räumen von Einsamkeit, sozialer- und Bildungsbenachteiligung betroffen. Krisen wirken oft stärker, da Unterstützungsstrukturen fehlen oder nur schwer zu erreichen sind. Hinzu kommt die gesellschaftliche Spaltung, was die Radikalisierung von bestimmten Jugendgruppen vorantreibt.

### *Forderungen*

- Wir fordern niedrigschwellige soziale, kulturelle Bildungs- und Beteiligungsangebote, die junge Menschen und ihre Interessen ernst nehmen sowie ihre Ideen und ihr Handeln unterstützen und fördern.
- Bildung ist Schlüssel für gesellschaftliche und soziale Teilhabe: schulische und außerschulische Bildungsangebote in ländlichen Räumen müssen erhalten, ausgebaut und den regionalen Bedingungen und Herausforderungen angepasst werden.
- Wir fordern Räume für junge Menschen, um sich zu treffen, auszutauschen und selbst aktiv zu werden – ohne bürokratische Hürden.
- Wir fordern, dass eine bedarfsorientierte Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit sichergestellt wird.
- Wir fordern, dass die vorhandene Rechtslage in Bezug auf Kinder- und Jugendrechte (§19 Kommunalverfassung, Kinder- und Jugendschutzgesetz) konsequent umgesetzt wird.
- Wir fordern die Förderung des ÖPNV auch außerhalb der Schulzeit.

## **Gesund altern**

### *Vorbemerkungen*

Die Gesundheitsversorgung in Brandenburg steht vor großen Herausforderungen – und braucht neue Konzepte, um sie zu bewältigen. Besonders für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum erfordert es innovative, vernetzte Ansätze, um trotz demografischen Wandels und Fachkräftemangels eine wohnortnahe Versorgung zu sichern.

### *Forderungen*

- Wir fordern die Sicherstellung der ärztlichen Grund- und Facharztversorgung auf dem Land durch Einrichtung von Primärversorgungszentren (PVZ), Anstellung von Gemeindeschwestern (Community Health Nurses) an Kommunen als festgeschriebene Pflichtaufgabe sowie die Schaffung von Voraussetzung für digitale Sprechstunden mit lokaler Anbindung.
- Wir fordern, den Pakt für Pflege - speziell das Programm Pflege vor Ort - im Landespflegegesetz (Gesetz über die pflegerische Versorgung im Land Brandenburg) zwecks Festbeschreibung und Verstetigung des Programms zu verankern.
- Wir fordern die Umsetzung der Altenhilfe SGB 12 §71 auf Gemeindeebene.
- Wir fordern die Unterstützung des Landes Brandenburg beim Aufbau flächendeckender Pflegenetzwerke gemäß SGB 11 § 45e.
- Wir fordern die Einführung von inklusiver sozialräumlicher Gesundheitsförderung und generationsübergreifender soziokultureller Prävention als dauerhaft finanzierte kommunale Regelaufgabe.
- Wir fordern den Aufbau von Präventionsstrukturen für Senior:innen als wesentliches Standbein der Gesundheitsversorgung der Kommunen.
- Wir fordern bessere Rahmenbedingungen von Land und Bund für dezentrale generationengerechte barrierefreie Wohnangebote.
- Wir fordern eine Unterstützung bei der Entwicklung der ersten deutsch-polnischen Gesundheitsregion.
- Wir fordern eine nachhaltige Stärkung des lebenslangen Lernens durch eine verbesserte, strukturell abgesicherte Finanzierung der Erwachsenenbildung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes (BbgEBG) vor allem für ländliche Räume.

## **Über die Dorfbewegung Brandenburg**

Seit 2015 setzt sich die Dorfbewegung Brandenburg – Netzwerk Lebendige Dörfer e.V. für die Belange der Dörfer in Brandenburg ein. Mit ihren Dialogformaten trägt sie zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Dorfakteuren, Politik und Fachöffentlichkeit bei.

Mit dem Parlament der Dörfer hat die Dorfbewegung Brandenburg ein in Deutschland einzigartiges Dialogformat etabliert, in dem die Belange der Dorfbevölkerung mit der Politik und der Fachöffentlichkeit auf Augenhöhe diskutiert werden können. Ziel ist es, den Stimmen der Dörfer mehr Gehör im politischen Raum zu verschaffen und über den Dialog nötige Entwicklungsimpulse anzustoßen.

---

i Selbstständige Gemeinden, Ortsteile und Gemeindeteile

ii Alle personenbezogenen Bezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

iii <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/staerkung-der-regionalen-wertschoepfung-durch-erneuerbare-energien.pdf>

iv <https://sonah-servicestelle.de/>

v <https://bravors.brandenburg.de/de/verwaltungsvorschriften-220845>